

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 30 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2.15 Mk., in Württemberg 2.21 Mk. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 13

Donnerstag, den 16. Januar 1919

36 Jahrgang.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Am Montag trat im Ministerium des Innern zu Paris der oberste Kriegsrat der Verbündeten zusammen, um die Bedingungen festzusetzen, unter denen der deutschen Bitte um Verlängerung des am 17. Januar abgelaufenen Waffenstillstands entsprochen werden sollte. Den Verhandlungen wohnten an die Ministerpräsidenten und Minister des Neuen Reichs, Marschall Koch und Chinba und Mansuri als Vertreter Japans. Marschall Koch wurde beauftragt, den Bevollmächtigten der deutschen Waffenstillstandskommission am 16. Januar in Trier folgende Bedingungen vorzulegen:

Die verbündeten Mächte erklären sich bereit, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Deutschland, soweit letzteres wirklich von Hungersnot bedroht ist, mit Lebensmitteln zu versorgen. Voraussetzung ist für die Belieferung des ehemaligen Hohenzollernreichs, daß Deutschland seine gesamte Handelsflotte einschließlich der in neutralen Häfen befindlichen und wofür sie gefahret werden. Deutschland hat alle Metalle, Maschinen, Werkzeuge usw., die von seinen Truppen während des Kriegs aus den Fabriken des besetzten Gebiets weggenommen worden sind, zurückzugeben oder zu ersetzen. Ein großer Teil davon lagert — nach Mitteilung der deutschen Beauftragten in Spaas — in Bremen; von Zink und anderen Metallen liegen bedeutende Vorräte in Schlesien. Es war zuerst angeregt worden, von Deutschland eine entsprechende Geldentschädigung zum Wiederaufbau und zur Neuerrichtung der Fabriken zu verlangen. Da jedoch die Zeit drängt und in Nordfrankreich 500 000 Arbeitslose sind, erließen es der Konferenz zweckmäßig, zuerst die Rückerstattung des Materials zu fordern. Ferner wird die Ueberführung des Goldbestands der Reichsbank, der Wechsel und Noten von Berlin nach Frankfurt a. M., das unmittelbar an das von Franzosen besetzte Gebiet anstößt, verlangt. Dies wird damit begründet, daß die bolschewistischen Wühlereien Berlin als nicht mehr sicher genug erscheinen lassen. Endlich wurde gefordert, daß unverzüglich das Landbootsmaterial restlos ausgeliefert werde. Marschall Koch reiste abends 5 Uhr nach Trier ab.

Im zweiten Teil der Sitzung verhandelten die Vertreter der Großmächte über das Programm der Friedens-

konferenz, deren erste Sitzung am 18. Januar nachmittags 2.30 Uhr im Ministerium des Neuen Reichs in Paris stattfinden wird. Frankreich, England, die Vereinigten Staaten, Italien und Japan werden je fünf Bevollmächtigte entsenden, je zwei Beauftragte haben Belgien, Serbien, Griechenland, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und China. Portugal und diejenigen Staaten, die die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen haben, erhalten einen Sitz. Brasilien wird das Recht für eine „besondere Behandlung“ eingeräumt. Die englischen Kolonien mit Selbstverwaltung (Dominions), Kanada, Australien, Südafrika und Indien werden je zwei, Neuseeland und Neufundland je einen Bevollmächtigten entsenden. Wahrscheinlich dürfen auch die Slowenen und Kroaten einen Vertreter stellen. Jeder Staat hat das Recht auf eine Stimme. Präsident Wilson legte seinen Standpunkt dar, dem die Mächte wahrscheinlich beitreten werden.

Zwischen England und den Vereinigten Staaten soll nach dem „Secolo“ hinsichtlich des Völkerbunds eine grundsätzliche Einigung erzielt sein; in der Frage der Freiheit der Meere hat Wilson der englischen Auslegung mit einigen wenigen Vorbehalten zugestimmt.

Die Erfassung des Kriegsgewinns.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht zwei Gesetzentwürfe an die Nationalversammlung betr. die steuerliche Heranziehung der Kriegsgewinne zur Deckung des Reichsbedarfs. Der erste Entwurf betrifft die

außerordentliche Kriegsabgabe

für das Jahr 1919. Die das Vermögen betreffenden Bestimmungen sollen nur für den Fall, daß die große einmalige Vermögensabgabe nicht genehmigt wird, in Betracht kommen. Das Gesetz zerfällt in zwei Hauptteile: 1. Abgabepflicht der Einzelpersonen und 2. Abgabepflicht der Gesellschaften.

Einzelpersonen zahlen eine Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen. Beträge des Mehreinkommens bis 3000 Mk. bleiben steuerfrei. War das veranlagte Einkommen vor dem Kriege niedriger als 10 000 Mk., so gilt als Freieinkommen der Betrag von 10 000 Mk. Die Abgabe vom Mehreinkommen be-

trägt bei den ersten 10 000 Mark des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 %, für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 Mk. 10 %, für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 Mk. 20 %, für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mk. 30 %, für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 Mk. 40 %, für die weiteren Beträge 50 %. Abgaben vom Vermögen werden nur erhoben bei Vermögensbeträgen von mehr als 100 000 Mk. Sie betragen für die ersten 100 000 Mk. 1 vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 300 000 Mk. 2 vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 500 000 Mk. 3 vom Tausend, für die nächste oder volle 1 Million Mk. 4 vom Tausend, für die weiteren Beträge 5 vom Tausend. Maßgebend für die Vermögen ist im allgemeinen der Vermögensstand vom 31. Dezember 1918.

Der Stand der Besteuerung der **Gesellschaften** ist der Mehrgewinn aus dem jüngst abgelaufenen Geschäftsjahre. Während nach dem Gesetz einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die Höchstabgabe der Gesellschaften vom Mehrgewinn 60 % betrug, ist im Entwurf für 1919 dieselbe mit 80 % vorgesehen und zwar wird die Staffelung der Abgabe bei dem Mehrgewinn abwärtschreitend sein. Alle Mehrgewinne über 1 Million Mark zahlen 80 % Kriegssteuer. Für geringere Gewinne sind Verminderungen von 10 bis 50 % vorgesehen. Ein Uebermaß der Besteuerung wird dadurch verhindert, daß die Mehrgewinnsteuer des Reichs einschließlich der Staats- und Gemeindesteuern, soweit letztere von dem Mehrgewinn bildenden Teil des Einkommens erhoben wird, gegebenenfalls nicht über 90 % hinausgehen soll.

Der 2. Gesetzentwurf betrifft eine

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs,

der zwischen 31. Dez. 1913 und 31. Dez. 1918 eingetreten ist. Die Einzelpersonen haben schon auf Grund des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juli 1916 und auf Grund des Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegssteuer vom 9. April 1917 eine Abgabe von dem in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1916 erzielten Vermögenszuwachs gezahlt. Nunmehr wird noch einmal, und zwar jetzt der ganze Zeitraum vom 31. Dezember 1916 bis 31. Dezember 1918 erfasst; doch wird die erhobene bzw. vorgegebene Steuer von dem neuen zahlungspflichtigen Betrag in Abzug gebracht.

Ein Deutscher

Von Otto Kappeler.

„Als Du in Newyork nicht wußtest, wohin allein in der großen Stadt,“ begann Reichardt lächelnd, ihr in das große Auge blickend, „da führten wir das Geschwister-Verhältnis zwischen uns ein, Mathilde. Wir hätten doch trotz der obwaltenden Verhältnisse, wohl nicht getan, wenn unsere Seelen nicht etwas Verwandtes gehabt hätten, das uns zu einander zog. Das Geschwister-Verhältnis erwies sich nicht ganz richtig,“ fuhr er mit einem neuen Lächeln fort, vor dem sich ihre Wangen leicht färbten, „und heute, wo Du Dich fragst, wohin allein in der weiten Welt, fügen wir wieder beratend bei einander. Warum ergreifen wir nicht ein Mittel, das so nahe liegt, Mathilde? Wies das wandernde Leben von Dir, gib mir die Hand, und wir gehen morgen früh zum Friedensrichter, um uns durch keine Lage dieses Lebens wieder von einander trennen zu lassen!“

Es war ein Ton der vollsten Innigkeit, mit dem die letzten Worte gesprochen waren, und des jungen Mannes Auge glänzte wie in der vollsten Bewunderung seines Herzens. In Mathildens Gesicht war eine glühende Röte eingetreten; aber sie schlug den Blick nieder, ihre Hand umfaßte warm die seinige, und plötzlich brachen die Tränen aus ihren Augen.

„Mathilde, warum denn weinen?“ rief Reichardt, „überkomme ihn selbst eine rührende Nahrung; das Mädchen aber erhob sich rasch und neigte sich über ihn, zwei, drei rasche, heiße Küsse brachten auf seinen Lippen, dann, in ausbrechendem Schluchzen, wandte sie sich nach dem andern Ende des Zimmers.“

Reichardt war aufgesprungen. „Gott, was ist es denn, Mathilde? Habe ich denn mehr gesagt, als nur völlig natürlich ist?“ rief er; sie aber wandte ihm das

Gesicht langsam wieder zu. „Nur, es ist schon vorüber,“ sagte sie, während in ihren Zügen ein Lächeln mit ihrer Erregung zu kämpfen schien. „Ich danke Dir, Mag,“ fuhr sie herantretend und ihre Hand ihm entgegenstreckend, „ich danke Dir aus der Tiefe meines Herzens, denn Du hast mich so glücklich gemacht, wie Du es selbst nicht weißt — aber, Mag, es kann ja nun und nimmermehr sein, was Du aussprichst!“

„Sprich jetzt nicht und laß mich ausreden,“ fuhr das Mädchen, fast krampfhaft die ersahne Hand drückend, fort, als Reichardt eine Bewegung zur Entgegnung machte, „ich weiß ja alles, was Du sagen könntest; ich aber sage Dir, Mag, daß die Regierung, die Dich jetzt zu Deinem Vorschlage getrieben, doch weiter nichts ist, als das Mitleid mit meiner augenblicklichen Lage, daß es unser beider Unglück herbeiführen hieße, wollte ich leichsinnig dem Drange des Augenblicks folgen. Laß mich ausreden,“ wiederholte sie leidenschaftlich, als er einen neuen Versuch, sie zu unterbrechen, machte, „ich weiß, daß Du mit voller Herzlichkeit an mir hängst, daß Du im Augenblicke dein eigenes Glück in dem meinen finden würdest; aber ich bin ein egoistisches Geschöpf, Mag, und verlange mehr; wo ich mich in Liebe hingebte, will ich wieder geliebt sein mit derselben Glut, deren ich selbst fähig bin, oder ich möchte mich innerlich verzehren — und wenn mir die volle Befriedigung meines Herzens nicht werden kann, will ich wenigstens nicht mehr zu geben haben, als ich zurückempfangen. Ich bin zweiundzwanzig Jahre alt, Mag, Du erst dreißig und kennst Dich selbst noch nicht. Aber der rechte Augenblick wird auch für Dich noch kommen, und ich würde sterben müssen, wenn ich ein neues Leben“

„Dir entziehen sähe, das nicht durch mich gewendet werden sollte; Du aber würdest dann, so lange ich noch lebe, die Lust zu wünschen, die an Dir hinge, selbst wenn Dir Dein gutes Herz das laute Geständnis versagte. Ich wußte es schon in Newyork, daß wir einander nicht gehören dürfen, und es war mir schmerzhaft, mich zum Frieden mit

mir selber durchzuarbeiten — laß ihn mir, Mag,“ schloß sie mit einem Blick eigentümlich schmerzlicher Bitte, als sei sie trotz aller Worte ihrer selbst noch nicht sicher, „wenn mich nicht in neue Kämpfe, die nimmermehr zu unserem Heil führen würden.“

„Aber gibt es denn ein dauerndes Glück in der leidenschaftlichen Erregung, wie Du sie andeutest?“ fragte Reichardt, sichtlich durch die Worte des Mädchens herabgestimmt. „Ich weiß, daß meine Empfindungen nicht über eine gewisse Höhe steigen, dafür aber kann ich ihrer Dauer sicher sein und mich ruhig dem Wege überlassen, den sie mich leiten. Ich weiß, daß ich meine volle Befriedigung von Deiner Seite finden würde, Mathilde — Dir genügt es aber nicht; und doch suchst Du vielleicht das Glück da, wo es am wenigsten zu Hause ist.“

„Ich suche das Glück nicht und erwarte es nicht — ich bin nicht dafür geboren — ich will aber auch unser beider Unglück nicht durch eine kurze Seligkeit erkaufen!“ erwiderte sie mit ihrem früheren, aus tiefer Innigkeit und Trauer gemischten Tone; „Du wirst noch eine andere Gefühlswärme als Deine jetzige kennen lernen; Mag; ich aber verlange nichts für mich, als einen Hall, der mir eine unabweisende Stellung gibt, einen Begleiter, der dieselbe Achtung verdient, die ich für mich fordere, und von meinem inneren Leben nicht mehr beansprucht, als sich ihm freiwillig bietet. — Und nun, Mag,“ fuhr sie, wie sich innerlich zusammenraffend und ein Lächeln ersuchend, fort, „laß uns ruhig denselben Standpunkt wieder einnehmen, auf dem wir unser Gespräch begannen; ich wollte Deine Meinung hören — Du hast Dich von Deinem guten Herzen fortziehen lassen, und ich war nicht genug zu folgen; das ist vorüber, und jetzt möchte ich wissen, was Du sagen würdest — wenn ich — nun ja, warum soll ich es nicht aussprechen — wenn ich in unsern Dilemma beiräte?“

Zur die Berechnung des Vermögensstands vom 31. Dezember 1913 ist das für die Errechnung des Beitrags festgestellte Vermögen maßgebend. Die Berechnung des Vermögensstands vom 31. Dezember 1918 geschieht nach Maßgabe des Besitzenergesetzes. Jeder durch Erbschaft, durch Vermächtnis, durch Unfall des Stammgutes oder Fideikommisses erworbene Vermögenszuwachs soll grundsätzlich steuerfrei bleiben, also vom Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 in Abzug gebracht werden. Weiter sind abzuziehen: Kapitalauszahlungen in dem Veranlagungszeitraum, die aus einer Versicherung erfolgt sind. Auch wer im Veranlagungszeitraum eine Schenkung von mehr als 1000 M. bekommen hat, kann diesen Betrag vom Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 abziehen, wenn die Schenkung vorgenommen hat, entrichtet worden ist; abzugsfähig ist auch der Betrag einer Kapitalabfindung als Entschädigung für die durch körperliche Verletzung herbeigeführte völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit. Es erweist sich, zumal da auf eine verhärtete Ausnahmefähigkeit der Notare und Gerichte hingewirkt wird, als zwecklos, wenn zum Beispiel Eltern, um dadurch zu niedrigeren Steuerfüßen zu kommen, an ihre Kinder verschenken. In dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 sind ferner u. a. hinzuzurechnen Beträge, die im Veranlagungszeitraum in ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen angelegt worden sind. Der Besondere will damit verhindern, daß in der Zeit vom 31. Dez. 1913 bis 31. Dez. 1918 abgewandertes Vermögen der Steuerpflicht entzogen wird. Der Betrag, der zum Erwerb von Gegenständen aus edlen Metallen, Edelsteinen, sofern es sich um Kunst-, Schmuck- oder Luxusgegenstände handelt, auch von Sammlungen aller Art angewendet worden ist, und sich so der Steuerpflicht entzieht, ist ebenfalls zum Vermögensstand hinzuzurechnen. Ausgenommen sind Kunstwerke lebender oder seit dem 1. Jan. 09 verstorbenen deutscher sowie im Deutschen Reich wohnender Künstler. Ferner sind hinzuzurechnen Beträge, die im Veranlagungszeitraum zu Anschaffungen jeder Art verwendet worden sind, soweit sie die Summe von 5000 Mark übersteigen. Die Höhe der Kriegsabgabe, die nur von dem den Betrag von 3000 M. übersteigenden Vermögenszuwachs erhoben wird, beträgt: Für die ersten angefangenen oder vollen 10000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10 Prozent, für die nächsten 10000 Mark 15 Prozent, für die weiteren 10000 M. 20 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 20000 Mark 30 Prozent, für die nächsten 50000 M. 40 Prozent, für die nächsten 100000 M. 50 Prozent, für die nächsten 200000 M. 60 Prozent, für die nächsten 300000 M. 80 Prozent und für die weiteren Beträge 100 Prozent des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses. Es sollen also nach diesem Abgabebesatz jeder über 500000 Mark hinausgehende abgabepflichtige Vermögenszuwachs voll weggehen und es kann somit niemand nach Erfüllung der Abgabepflicht von dem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 199500 Mark zurück behalten. Da nur ein Vermögenszuwachs von höchstens 199500 M. gestattet ist, dabei aber noch der Wert von Anschaffungen angerechnet wird, soweit sie noch im Besitz des Steuerzahlers sind, so wird das für Kriegsgewinnler, die vor dem Kriege vermögenslos waren, unter Umständen fast gänzlichen Vermögensverlust bedeuten können, da die vielfach angekauften Willen und Kunstgegenstände natürlich fast unverkäuflich werden.

Immer noch die Spartakisten.

Berlin, 15. Jan. In der vergangenen Nacht wurde im Zeitungsviertel wieder lebhaft geschossen; man hat die Kessel, wo die Reste der Spartakisten sich verhielten, noch nicht aufgefunden. Im übrigen geht die Entwaffnung weiter. Die Volksmarinewdivision darf die Waffen behalten, räumt aber das Kasernengebäude. Bis zum Abend waren nur rund 1500 Gewehre, eine Anzahl Pistolen und einige Maschinengewehre ausgeliefert. Mehrere Maschinengewehre wurden beschlagnahmt.

Trotz der Aufreizung der Radikalen haben die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn die Arbeit wieder aufgenommen. Der Ausstand bei der Hochbahn ist noch nicht beigelegt.

Berlin, 15. Jan. Der Zentralrat der Deutschen Republik hat an die A. und S. Räte der Städte Duisburg, Mülheim a. R., Oberhausen und Hamborn (Rheinland) telegraphisch das dringende Ersuchen gerichtet, auf Grund des Verhältniswahlsystems sofort neue Wahlen vorzunehmen. In den genannten Städten haben sich, hervorgerufen durch ungerechte und ungeordnete Wahlen, unhaltbare Zustände entwickelt, die nur geändert werden können, wenn durch die Verhältniswahl jede Partei die ihrer Stärke entsprechenden Sitze in den A. und S. Räten erhält.

Der Führer der Spartakisten, Rechtsanwalt Paul Levi aus Frankfurt a. M., ist verhaftet worden. Levi ist in der aufreizenden Tätigkeit neben Rosa Luxemburg und Liebknecht in letzter Zeit besonders hervorgetreten. — Die Berliner Schutzmannschaft ist mit Karabinern bewaffnet.

Dortmund, 15. Jan. Gestern früh trafen in Buers Regierungstruppen ein, um die Spartakisten aus dem Rathaus zu vertreiben. Es entstand ein Gefecht mit Gewehr- und Maschinengewehrfiren. Schließlich ergaben sich die Spartakisten. Als die Truppen sich darauf zurückgezogen hatten, besetzten die Spartakisten das Rathaus aufs neue und führten die Frau und zwei Kinder des Oberbürgermeisters fort, ließen sie aber wieder frei um dafür den Oberbürgermeister festzuhalten. Doch ist auch dieser mittlerweile wieder freigelassen worden. Insgesamt haben die Kämpfe fünf Menschenleben gekostet. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest.

Hamburg, 15. Jan. In Cuxhaven, das zum Staatsgebiet von Danzig gehört, ist von den Radikalen die

„sozialistische Republik Cuxhaven“ ausgerufen worden. Der Hamburger Senat legte dagegen Verwahrung ein; die Auszahlung der Gehälter, Löhne und Unterstützungen von Hamburg aus werde in Frage gestellt. Die Postbeamten waren gezwungen worden, sich unterdrücklich in den Dienst der neuen Republik zu stellen. Die Beamten haben nun dem Arbeiter- und Soldatenrat die Erklärung übergeben, daß sie den Dienst einstellen werden, wenn der Rat sich nicht jedes Eingriffs in die Post- und Telegraphenverwaltung enthalte. Der A. und S. Rat hat darauf auf seine Forderung verzichtet.

Vom deutsch-polnischen Krieg.

Posen, 14. Jan. Polnischer Bericht über die militärische Lage vom 14. Abschnitt Hohenalza: Die Lage ist unverändert. Abschnitt Jüni: Rynarzewo ist von polnischen Abteilungen genommen. Abschnitt Kolmar: Die Deutschen haben Samotichin eingenommen. Abschnitt Gzarnikow: Die Deutschen haben den Waffenstillstand gebrochen. Abschnitt West: Deutsche Artillerie hat Kamionka beschossen, und ebenso Alt-Jatun. Abschnitt Süd: Zwischen Kowitsch und Odrächen Gefechte. — Im Südwesten von Schiloberg wurde der Gegner aus Kobylagora, das er vorübergehend besetzt hatte, verdrängt. — An der schlesischen Grenze sammeln sich deutsche Kräfte.

Berlin, 15. Jan. Die Stadt Bromberg ist von den Polen besetzt. In der Bromberger Garnison machten sich bedenkliche Strömungen geltend, sonst wäre die Auslieferung der Stadt nicht denkbar gewesen.

Liban, 14. Jan. Liban ist gestern von den deutschen Truppen und der baltischen Landeswehr vor den anrückenden Bolschewisten geräumt worden.

Neues vom Tage.

50 Milliarden.

In der Konferenz süddeutscher Eisenbahndirektoren in Ulm a. D. teilte Staatssekretär Erzberger nach dem „N. Z.“ mit, Marschall Foch erachte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich eine Entschädigung von 50, in Belgien eine solche von 20 Milliarden Mark für angemessen. Als Sicherheit werden die Verbündeten die deutschen Eisenbahnen und Forsten in Pfand nehmen.

Postenverbindungen.

München, 15. Jan. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen haben ihre Listen für die Wahlen der deutschen Nationalversammlung verbündet, ebenso die Nationalliberalen und die (rechtsstehende) Bayerische Mittelpartei die ihrigen mit denen der Bayerischen Volkspartei (Zentr.).

Broddorff-Ranzau über den Völkerverbund.

Berlin, 14. Jan. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf v. Broddorff-Ranzau, empfing heute mittag Vertreter der Presse und erklärte u. a.: In einer einzigen großen Völkervereinigung ist kein Platz für eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Dieser Grundsatz muß in dem gleichen Maß jedem Volk zugute kommen. Uns liegt an dem endgültigen Sieg der Demokratie in der Welt. Das dringendste Erfordernis bedeutet: die förtliche Ueberzeugung, das deutsche Volk muß wieder zu einer inneren Einheit werden, wenn die Worte seiner Führer in der ganzen Welt Klang haben sollen. Wir wollen eine Politik der Versöhnung mit dem Ausland. Wir wollen ein einiges Volk in den Völkerverbund führen, das den Frieden in der Welt will und das entschlossen ist, für jeden Fortschritt der Menschheit aufrecht und bewußt in die Schranken zu treten.

Der Auslandsdienst.

Berlin, 15. Jan. Auf Veranlassung des Staatssekretärs des Auswärtigen Grafen Broddorff-Ranzau ist der bisherige Handelsattache der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, Legationsrat Köpfer, zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden.

Die bayerischen Wahlen.

München, 15. Jan. Das vorläufige Ergebnis der Landtagswahlen vom 12. Januar liegt nun aus allen 191 rechtsrheinischen Wahlbezirken (die Rheinpfalz kann dem französischen Befehl zufolge erst am 2. Februar abstimmen) mit Ausnahme von 4 von den 417 Münchener Stimmbezirken bevor. Die Zusammenstellung ist deshalb so spät erst möglich gewesen, weil das bayerische Verhältniswahlsystem in einer eigenartigen Verbindung von Partei- und Personenwahl besteht. Das Land ist nämlich in ein- und zweistimmige Wahlkreise eingeteilt und der Wähler gibt je nach der Zugehörigkeit zu einem der beiden Kreisarten einen Stimmzettel mit einem oder mit zwei Namen ab. Die Stimmen werden für das ganze Land gezählt und die Sitze an die Parteien nach dem Verhältnis verteilt. Die Feststellung des Ergebnisses verursacht viele Mühe und ist zeitraubend. Nach den amtlichen Erhebungen entfielen nun auf die Bayerische Volkspartei (Zentrum) 1072949, Sozialdemokraten 935550, Deutsche Volkspartei in Bayern (Nationalliberale und Demokraten) 412074, Bayer. Bauernbund 322023, rechtsstehende Nationalliberale und Bayer. Mittelpartei 109563, Unabh. Soz. 77243 Stimmen. Demnach würden Sitze erhalten: Bayer. Volkspartei 52 und 6 Landesabgeordnete = 58, Soz. Partei 46 und 5 = 51, D. Volkspartei 20 und 2 = 22, Bayer. Bauernbund 15 und 2 = 17, Nat. und Mittl. 5 und 5 = 10, Unabh. Soz. 3 und 0 = 3. Das Zentrum, Bauernbund und Rechtsstehenden verfügen demnach bis jetzt zusammen über 85, die sozialdemokratischen Parteien und die demokratische Volkspartei über 76 Sitze. Dazu werden nun aber noch die 22 und 2 = 24 Sitze der Rheinpfalz kommen. — Die Wahlen haben die seitherige absolute Mehrheit des Zentrums in der Kammer aufgehoben, das Zentrum ist aber immer noch die stärkste Partei im rechtsrheinischen Bayern. Die Partei des Ministerpräsidenten Eisner hat es auf nicht mehr als drei Mandate gebracht.

Schweizer in der französischen Armee.

Basel, 14. Jan. Wie die „Basler Nachrichten“ melden, bilden die schweizerischen Fremdenlegionäre in der französischen Armee einen Bestandteil der Besatzungstruppen von Ludwigshafen. Die Stärke des schweizerischen Standes ist infolge der ungeheuren Kriegsverluste von 4000—5000 Mann auf rund 200 Mann zusammengedrumpft. Alle Kantone sind dabei vertreten.

Ausweisung der Deutschen.

Brüssel, 14. Jan. Der Ministerrat hat beschlossen, alle Deutschen, die noch in Belgien wohnen, auszuweisen.

Berlin, 14. Jan. Der deutsche Botschafter Prinz Karibor hat gestern abend Madrid verlassen.

Berlin, 15. Jan. Wie das Amtsblatt des Reichsvollkomtes bekannt gibt, müssen sowohl am Tag der Wahl selbst, als auch am Tage der Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses alle beteiligten Postanstalten so lange im Dienst bleiben, bis der zu erwartende Verkehr erledigt ist. Dies gilt auch für die auf den Wahltag und auf den Ermittlungstag folgenden Tage, solange noch starker Verkehr aus Anlaß der Wahl herrscht oder zu erwarten ist.

Die Tschechen an der bayerischen Grenze.

Eger, 15. Jan. Die Tschechen haben die bayerische Grenze unmittelbar vor dem bayerischen Gebiet besetzt. Die Posten stehen auf Rußweite von einander entfernt, und zwar längs des gesamten böhmisch-bayerischen Grenzgebietes.

Das serbische Ultimatum.

Wien, 14. Jan. Staatssekretär Dr. Bauer erklärte heute in einer von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Wahlversammlung, wie die Lokalkorrespondenz berichtet, daß das Ultimatum an Serbien jechmal neu entworfen worden sei, bis es das siebentemal neuen Text enthielt, von dem man annehmen mußte, daß die Serben ihn nicht würden annehmen können. Es dürfe nie wieder gegeben, daß vier Herren, wie seinerzeit Barthold, Sibirg, Tisza und Konrad, einen Krieg anzetteln könnten.

Soziale Aufgaben für den Friedenskongreß.

Paris, 15. Jan. Die Gewerkschaften ließen dem Ministerräsident Clemenceau die Arbeiterforderungen für den Friedenskongreß überreichen; Clemenceau nahm das Schriftstück entgegen mit dem Bemerkten, er wolle sich nicht binden, er sei aber bereit, zur Befriedigung der sozialen Aufgaben des Kongresses, besonders des achtstündigen Arbeitstags und zur Bildung eines national-wirtschaftlichen Rats die interessierten Kreise heranzuziehen. Er stellte eine baldige Reform der Invalidenfürsorge und der Schutzmaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit in Aussicht.

Der sozialistische Seinerverband hat gegen die langsame Abkündigung Einspruch erhoben.

Washington, 15. Jan. (Neuter.) Das Repräsentantenhaus hat die Vorlage zur Milderung der Hungersnot (100 Mill. Dollar) mit großer Mehrheit angenommen. Man erwartet, daß auch der Senat die Bill bald annehmen wird.

Volschewisten überall.

Buenos Aires, 11. Jan. (Havas.) Die Lage wird wieder normal. Die Läden sind wieder eröffnet und die Bahnen nehmen den Betrieb wieder auf. 800 Heper sind verhaftet; 80 Prozent der Verhafteten sind Russen. Einige Widerpenfuge wurden mit Laffos (Wurfschnecken) eingefangen.

Montevideo, 13. Jan. (Neuter.) Hier wurden 4 Russen verhaftet, die im Verdacht standen, Führer einer Verschwörung zu sein, die den Sturz der Regierung von Uruguay und Argentinien sowie die Errichtung einer Sowjetregierung zum Ziele hatte. 42 Mitschuldige werden noch gesucht.

Wir sind Großdeutsch gesinnt, weil wir die Vereinigung aller deutschen Stämme in einem Reiche anstreben. Wir sind aber nicht alideutsch-reaktionär; und lehnen jede Vorherrschaft Preußens im künftigen Großdeutschland ab.

Deutsche demokratische Partei.

Zum 100. Geburtstag Karl Chr. Plauts.

Wie ist wohl die Gedankenwelt des großen schwäbischen Philosophen, dessen 100. Geburtstag seine Freunde heute in aller Stille feiern, aktueller gewesen, als gerade in unseren Tagen, wo der Zusammenbruch unseres staatslichen und wirtschaftlichen Systems uns erst so ganz den prophetischen Blick seines Geistes und die nationale Bedeutung seiner von hoher sittlicher Kraft getragenen Weltanschauung würdigen läßt. Wie sehr die Aufmerksamkeit aller denkenden Kreise auf die Probleme des „Vernunftstaats“ und des „Rechtsstaats“ gerichtet ist, haben eben wieder die Erörterungsabende bewiesen, die sich an den Vortrag seines Sohnes, Herrn Stadtpfarrer Plaut, im Räte geistiger Arbeiter angeschlossen haben.

Eine einzigartige Gelegenheit, seinen Gedanken von der sozialen Verantwortlichkeit gegenüber der schrankenlosen Gewinnucht, vom Arbeitsrecht und der Berufspflicht einen Resonanzboden größten Umfangs zu geben, bietet sich den Verehrern des schwäbischen Denkers am nächsten Sonntag dar. Die Deutsche demokratische Partei hat es sich zur Ehre angeeignet, seine Tochter, Fräulein Mathilde Plaut, die unermüdbliche Wortkämpferin seiner Ideen, an ausführender Stelle in ihren Wahlkreis vorzuschlagen aufzunehmen. Sie hat damit gezeigt, daß sie die Forderung der Stunde verstanden hat: geistige und sittliche Kräfte, wie sie zur Erneuerung unseres darniedergebrochenen Volksebens so bitter nötig sind, an die rechte Stelle zu bringen. In den Wählern und insbesondere den Wählerinnen ist es nun, dieser Absicht zum Siege zu verhelfen!

Krupp und die Kreise der Bürgerpartei.

Die. Man schreibt uns: Mit größter Verbundenheit vernimmt man, daß in den Kreisen der Bürgerpartei d. h.

konkretistischen Wahlsystemen, die schon tausendmal abge-
drohene Phrasen vom internationalen Großkapital,
das in der demokratischen Partei sein Wesen treibe, wie-
derholt; es wird versucht, die Bauernfreundliche-
keit der Demokraten nach ältesten Rezepten zu verdrän-
gen usw.

Die Herren scheinen also doch die Deutsche demo-
kratische Partei außerordentlich zu fürchten und ihre eigen-
en Aussichten nicht allzu günstig einzuschätzen. Wo
ist das Großkapital? Wer die maßgebenden Per-
sonen und Kandidaten der Demokraten näher betrachtet,
wird von großkapitalistischen Einflüssen nichts wahr-
nehmen — im Gegenteil, keine Partei ist so glücklich
aus allen Berufsklassen zusammengesetzt, wie gerade
die demokratische. Unter ihren Kandidaten finden wir
neben zahlreichen bekannten Führern der Beamten-Ange-
stellten und Arbeiterklasse sehr viele Vertreter des Mittel-
standes und der Bauernschaft. Vergleichlich wird man
jedem großkapitalistischen Einflüsse suchen.

„Haltet den Dieb“, ist auch hier die vornehme
Taktik der Bürgerpartei; denn auf den deutschnationalen
Listen (bisher konservativ, in Württemberg jetzt „Bür-
gerpartei“) stehen eine Reihe bekannter Namen des aus-
gesprochenen weltlichen Großkapitalismus und des
Großgrundbesitzes, z. B. sogar auf 2 Listen (Mindener-
Männer und Bösen) der bisherige Krupp'sche Gen-
eraldirektor Eugenberg, von den vielen Vertre-
tern des Großgrundbesitzes ganz zu schweigen.

Gerade unerhört ist ein Hinweis der „Deutschen Ta-
geszeitung“ auf den Wahlausfall in Baden, der
den schlechten Stand der demokratischen Sache beweisen
soll. Es ist eine glatte Fälschung, wenn die „D. T.“
sagt, die Demokraten hätten ihre Stimmenzahl nur
um 57 Prozent gesteigert; bei den Landtagswahlen von
1913 erhielt der Gesamtliberalismus zusammen 110 000
Stimmen jetzt 227 000 — der Stimmenzuwachs
beträgt mehr als 100 Proz. Warum schweigt
die „D. T.“ darüber, daß die Deutschnationalen
in Baden trotz des Zulaufes von Rechtsnationalen
nur 71 000 Stimmen erhielt gegenüber 32 000 Stim-
men der Rechtsparteien bei den letzten Landtagswahlen?
Hier ist das Steigerungsverhältnis ungefähr das gleiche
wie bei den Demokraten, obwohl infolge des Abganges
zahlreicher nationalisierter und rechtsgerichteter National-
liberaler mit einem größeren Zuwachs gerechnet wurde.

Die Wahlen zur Nationalversammlung werden ja
ausweisen, wer im Volke mehr Boden besitzt: die reaktionär-
alldeutsch-schwerindustriell beeinflussten Rechtspar-
teien oder die im besten Sinne des Wortes nationale
und freiheitliche Demokratie!

Völkerverbund, Abrüstung und Wehrmacht.

Die Nationalversammlung wird das deut-
sche Volk auch zu den Fragen von Völkerverbund,
Abrüstung und Wehrmacht Stellung nehmen. Die Deutsche
demokratische Partei stellt sich auf den Boden des Völ-
kerverbundes und der gleichmäßigen Beschränkung der Rüs-
tungen. Trotzdem verlangt die wirtschaftliche Stellung
des deutschen Volkes, die zu fördern unsere erste Aufgabe
ist, eine starke Wehrmacht, in der das Vorgesetztenver-
hältnis und die Disziplin, unter Abschaffung aller Stand-
besondere, aufrecht erhalten werden muß. Die aktiven
Offiziere und Unteroffiziere müssen ihren Anspruch auf
Gehalt und Pension behalten, doch ist eine Neuregelung
der Befoldung für Offiziere, Unteroffiziere und Mann-
schaften erforderlich. In diesem Sinne werden auch
die Vertreter der Deutschen demokratischen Partei in
der Nationalversammlung diese Fragen behandeln.

Was bedeutet der „Bauer“? Es wird manchen
überraschen, daß eines der wichtigsten und ehrwürdigsten
Wörter unserer Sprache, das Wort „Bauer“ bisher noch
nicht in seiner Bedeutung hinlänglich aufgeklärt werden
konnte. In der Halbmonatsschrift „Niederachsen“ ver-
sucht nun Prof. F. Kaufmann (Kiel), das Wort zu deuten.
Er leitet das Wort „Bauer“ nebst dem gleichbedeu-
tenden Worte „Gebauer“ von dem altdutschen Worte „bur“
ab, das „Haus“ bedeutet, und das wir noch in „Vogel-
bauer“ erhalten haben. Danach sind „Bauer“ und „Ge-
bauer“ als „Hausgenosse“ zu denken und zwar in dem
Sinne, daß damit die Inhaber einer Hausherrschaft be-
zeichnet werden, die nicht zur Familie, sondern zum
weiteren Angehörigen des Hausherrn gehörten und dessen
Hufe zu bewirtschaften hatten. Das würde genau der
Stellung entsprechen, die Tacitus den „coloni“ zuweist,
und wirklich wird „coloni“ in den altdutschen Glossen
durch „Gebauern“ wiedergegeben. Als sich der hausherr-
liche Verband später in zunehmendem Maße zerlegte,
wurden diese Kolonen aus unfreien Hausgenossen zu
mehr oder minder unabhängigen Landbesitzern, die mit
ihren ehemaligen Herren oder deren Nachkommen neue
Verträge abzuschließen, in denen sich nicht mehr Herren und
Dienige, sondern nur noch gleichberechtigte Genossen gegen-
überstanden. Diese Verträge waren die „Nachbarschaften“,
die ursprünglich nichts anderes als diese freien oder doch
von einem großen Grundbesitzer abhängige Bauern-
schaften und Dorfschaften bezeichneten. Daraus folgt, daß
die Wörter „Nachbar“ und „Bauer“ im Grunde geradezu
gleichbedeutend sind; entstanden aber ist diese Bezeichnung
wahrscheinlich während der Zeit der Völkerverwanderung
vormals römischen Gebiete, wo solche zuvor zum alten
Inbegriff in Gegenfah stehende „Bauernhöfe“ in
Zahl angelegt wurden.

Eröffnung der bad. Nationalversammlung

(-) Karlsruhe, 15. Jan. Die Nationalversamm-
lung wurde heute vormittag 10 Uhr im großen Sit-
zungssaal des Ständehauses eröffnet. Am Regierungstisch
hatten sich die bisherigen Minister eingefunden.
Durch Zuruf wurde der Abg. Kopf (Zentr.) zum Prä-
sidenten ernannt, zum 1. Vizepräsidenten Abg. Kem-
mle (Soz.), zum 2. Vizepräsidenten Abg. Müller
(Deutsch. Demok.). Präsident Kopf bewillkommnete
in seiner Begrüßungsansprache die heimgekehrten Krieger,
denen die Herzen voller Dank entgegenzuschlagen. Sie
sind nicht besiegt, glorreiche Siege haben wir errungen.
Der Dank der Nation ist ihnen zuwenden.

türische Zusammenbruch verursachte auch eine stürmische
Umwälzung. Wir stehen an einem weltgeschichtlichen
Wendepunkt. Wir sollen das Fundament schaffen zu
einem neuen Staat. Am Reich wollen wir festhalten.
Wir sind ein armes Volk geworden. Wir sollen die
Grundlagen schaffen, auf dem geschnittenen Weg den
Staat wieder aufzubauen.

Der Präsident der vork. Volksregierung Geisler sagte
u. a. aus: In seiner politischen Zusammensetzung ist
dieses Haus das getreue Abbild des Volkswillens. Wir
haben den Krieg verloren, die Ehre haben wir nicht ver-
loren. Die notwendige Folge des verlorenen Kriegs war
die politische Umwälzung. An dem Kriegsbeginn und
an dem Kriegsausgang hatte der frühere Großherzog
unseres Landes keinen Anteil. Die vorläufige Volks-
regierung hat es sich daher nicht nehmen lassen, dem
scheidenden Träger der Krone und dem Thronfolger ihren
Dank auszusprechen für den von Engherzigkeit freien
Geist, in dem sie als die Glieder der erblichen Dynastie
Baden ihre Aufgabe erfüllt und erfüllt haben. Was
immer die Zukunft bringt, Baden will Baden bleiben.
Doch rufen wir laut: Mittel nicht am Reich. Wir wün-
schen keine übertriebene Zentralisation. Wir erheben
mit aller Macht Einspruch gegen die himmelschreiende
Ungerechtigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade. Nur
die rascheste Befestigung der neuen Zustände wird dem
Feinde jene Achtung abnötigen, die uns einen Ver-
handlungsfrieden anstatt eines Diktatorfriedens vielleicht
noch gewährleisten kann. Wir haben daher kein Ver-
ständnis dafür, daß wir den Krieg durch die Schuld
kleiner Berliner Gruppen noch einmal verlieren sollen.
Nedner stellt sodann namens der vorläufigen Volksregie-
rung die ihnen anvertrauten Komitè der Nationalver-
sammlung zur Verfügung. Die Hauptarbeit der nächsten
Wochen wird ausgefüllt werden durch die Vollenendung
des Verfassungswerkes. Das Gesetz kann nicht
rasch genug unter Dach und Fach gebracht werden.
Die Schulen sind die zweitwichtigste Sorge der Re-
gierung. Ein frischerer, freierer Geist, wird unsere Schul-
sätze durchwehen müssen. Das Verhältnis zwischen
Staat und Kirche soll für die nächsten Jahre eine
neutrale Zone der Politik in diesem Hause werden.
Auf dem Gebiete der Sozialpolitik muß das Men-
schenmögliche geschehen, um die Lage der Arbeiter er-
träglich zu machen. Als Nachbarland werden wir keinen
leichten Stand dem Elsaß gegenüber haben, doch sind
wir überzeugt, daß die Elässer nie vergessen werden,
daß sie nach Abstammung und Sprache zum deutschen
Kulturkreis gehören. Wir werden Frieden, Freiheit und
Brot erringen, wenn wir einig sind.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden
vom Hause mit großem Beifall und Handklatichen ent-
gegengenommen. Sodann gaben Vertreter der verschie-
denen Parteien des Hauses kurze programmatische Er-
klärungen ab. Fräulein Weber (Deutsche dem. Partei)
Frau Siebert (Zentrum) und Frau Blase (Soz.)
gaben ihrer Freude Ausdruck, daß jetzt auch die Frauen
berufen seien, an dem Aufbau des neuen Staates mit-
zuwirken. Minister Haas überreichte sodann den Ent-
wurf einer badischen Verfassung. Der Entwurf schlägt
eine republikanische Verfassung für Baden vor mit eigenem
Volksheer. Präsident Kopf vertagte sodann die Sitzung
auf unbestimmte Zeit.

(-) Mannheim, 14. Jan. Einer Schilberung über
das Leben und Treiben der französischen Besatzung
in Ludwigshafen entnehmen wir folgende Zeilen: Seit
mehr als drei Wochen steht Ludwigshafen im Zeichen
der Besatzung. Die braunen Marokkaner, die Schwarzen
vom Kongo sind in Straßen und Elektrizität, in Rasen-
häusern und Wirtschaften ein gewohntes Bild gewor-
den. Vor den öffentlichen Gebäuden stehen Wachen
mit aufgezogenem Bajonett und von den Fenstern
des Bürgerbräu — dem Bureau de la place — flattert
die Tricolore. In den Straßenreden bieten Zeitungs-
verkäufer das „Echo de Paris“ und den „Matin“ teil
und in den Auslagen der Buchhandlungen sind franzö-
sische Konversationsbücher ausgestellt, die nicht nur von
Franzosen gekauft werden. An den Sonntagen steht auf
dem Jubiläumspiaz, wenn die französische Militärmusik
spielt, die Bevölkerung Kopf an Kopf. Wenn aber die
Dämmerung hereindringt, dann sieht man zahllose
Bärchen, die fremden Soldaten Arm in Arm mit einem
Teil der Ludwigshafener, aber auch der zugereisten Weib-
lichkeit.

(-) Heidelberg, 15. Jan. Die Arbeitslosen ver-
anstalteten am Samstag einen Umzug, der an dem Rath-
haus endigte, wo sie ihre Forderungen bekannt gaben.
Die Entschädigungssätze entsprechen im allgemeinen den
Mannheimer Forderungen, sind jedoch für Heidelberg
etwas niedriger gehalten.

(-) Freiburg, 15. Jan. Nach der neuesten Zähl-
ung gibt es hier 604 Arbeitslose, darunter 160 Kauf-
leute. Die Stadt zahlt täglich für Arbeitslosenunter-
stützung rund 3000 Mk. Bisher wurden hierfür 35 000
Mk. aufgewendet.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 15. Jan. (Neue Minister.) Durch
Entschließung der prov. Regierung ist Dr. Lindemann
an Stelle Crispian zum Minister des Innern, der Leutnant
d. L. H. Prof. Immanuel Herrmann an der
Techn. Hochschule zum Minister des Kriegswesens und
der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes
Alexander Schlichte zum Arbeitsminister ernannt wor-
den. — Herrmann, ein Pfarrerssohn, ist als soz. Kan-
didat in die Landesversammlung gewählt worden. Schlichte
von Beruf Feinmechaniker, geb. Berliner, ist Mitbegründer
des Metallarbeiterverbandes und seit 2 Jahren als Ver-
treter für Arbeiterfragen im Kriegsamt in Berlin tätig.

(-) Göttingen, 14. Jan. (Erschossen.) Nach
vorausgegangenem Streit hat der Wapostoffen Scheer am
Balkhof in Liebersbrunn seinen Kameraden Ernst Ge-
linger erschossen.

(-) Die. Der. D. L. K. 15. Jan. Um 11 Uhr

Im vorigen Jahr hatte der Schweinehändler Danie
Kempis einen Sohn, der in Ulm Feldwebellieutenant
war, durch dessen unvorsichtiges Umgehen mit einer Hand-
granate verloren. Dieser Tage wollte die 21jährige Tochter
in der Frähe beim Herdfeuer Erddöl in die Lampe
gleiten. Die Erddölkanne explodierte und die Kleider des
Mädchens fingen Feuer; das Mädchen erlitt tödliche
Brandwunden. Ein älterer Bruder trug beim Löschen
der Flammen ebenfalls Brandwunden davon, so daß
an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

(-) Kirchheim u. T., 15. Jan. (Schutz des
Privateigentums.) Am letzten Samstag sind in
die Druderei des „Teufel“ circa 15 Soldaten
eingedrungen, um ein angeblich für die Bürgerpartei
hergestelltes Flugblatt zu beschlagnahmen. Als sie
nichts vorfanden, drangen sie in zwei Privathäuser ein.
Es gelang ihnen unter Androhung, in einer der Woh-
nungen die Herausgabe der Flugblätter zu erzwingen.

(-) Kalen, 15. Jan. (Verband würt. Land-
wirte.) Der Landwirtschaftliche Bezirksverein hat in
einer außerordentlich zahlreich besuchten Mitglieder-
versammlung einstimmig den Beitritt zu dem Verband
Württembergischer Landwirte beschlossen. Der Verein
zählt über 1300 Mitglieder.

(-) Heidenheim, 15. Jan. (Streik.) Die Arbei-
ter der Wöth'schen Maschinenfabrik sind vorgestern in
den Ausstand getreten.

(-) Bopfingen, 14. Jan. (Neue Zeitung.) Ab
1. April wird hier eine Tageszeitung „Der alte Jov“ er-
scheinen.

(-) Ulm, 15. Jan. (Diebstähle.) Der Firma
Magirus sind 7 Riemen in der Breite von 10 bis
30 Zentimeter und mit einer Gesamtlänge von 52 Meter
gestohlen worden. In Söflingen verschwand ein Fahrrad
aus einem Keller und am Bahnhofspiaz ist von der
Bühne eines Hauses fast die ganze Aussteuer des Zahn-
arztes Alfons Korgauer gestohlen worden. Geschirr, Be-
stecke, ein Teeservice im Wert von über 1000 Mk., Wäsche
im Wert von 14000 Mk. und Kleider in großer Zahl
wurden entwendet. Der Tat verdächtig ist ein Maler
Friedrich Hipler. Das Wildererumwesen hat in der Um-
gebung von Ulm stark zugenommen. Hauptsächlich sind
es Soldaten, die die unerlaubte Jagd betreiben.

Gerichtssaal.

(-) Stuttgart, 15. Jan. (Strafkammer.) Der 18 Jahre
alte Schneider Karl Widmann von hier und der 16 Jahre
alte Färbergeizling Wilhelm Märtin von Ehlingen führten
in verschiedenen Häusern hier mit großer Frechheit Einbruch-
diebstähle aus. An der 53 Jahre alten Tagelöhnerin Karoline
Saus hier hatten sie eine dankbare Abnehmerin, die
die jungen Leute meistens zu den Diebstählen ermunterte. In
fünf Tagen verzehrten diese armen Leute 500 gestohlene Eier.
Nach die eigene Mutter und Großmutter wurden von den Out-
dein bestohlen. Die Strafkammer verurteilte den Widmann
wegen 9 Verbrechen des schweren Diebstahls zu 9 Monaten
und den Märtin wegen Beihilfe zu 14 Tagen Gefängnis. Die Saus
wurde freigesprochen, weil bei ihr nur ein Vergehen vorliegt,
das unter die Amnestie fällt. (1)

Unwahrscheinliches Wetter.

Die Wetterlage bleibt unbeständig. Am Freitag und
Samstag ist auch weiterhin mit nassem Wetter zu
rechnen.

— Unsere Truppen in der Ukraine. Aus Odessa
ist ein deutscher Kolonist, Herr Eduard Freier, in
Stuttgart eingetroffen mit einem Bericht des ältesten
würt. Stabsoffiziers in Odessa, der im wesentlichen
die bisherigen Mitteilungen über die Verhältnisse bei un-
seren Truppen in und bei Odessa bestätigt, im beso-
deren aber den guten Gesundheitszustand der dort ver-
bliebenen Württemberger hervorhebt. Die Verpflegung
in der Kolonie Groß-Niedental erfolgt durch den Quar-
tergeber in auskömmlicher Weise gegen Zahlung eines
eigenen Geldsatzes, um für alle Fälle die eigenen Vorräte
als eisernen Bestand für den Abtransport zurückstellen zu
können. Geld ist vorläufig noch vorhanden, die
Mannschaften haben ihre Ersparnisse gegen einen Zins-
fuß von 5 Prozent als Darlehen der Kasernenverwaltungen
wieder zur Verfügung gestellt. Herr Freier, der unter
Mühsalen und unter Einsetzung des eigenen Lebens
im Interesse seiner schwäbischen Landsleute die gefahr-
volle Reise nach Stuttgart unternommen hat, hat meh-
rere hundert Briefe mit in die Heimat gebracht. Er hat
sich auch bereit erklärt, bei seiner am 20. Jan. an-
erfolgenden Wiederausreise Nachrichten an unsere Brüder
im Schwarzen Meer mitzunehmen. Herr Freier ist zu
jeder Auskunft gern bereit und stellt sich Anfragenden
täglich von 9—10 Uhr im Hotel Marquardt zur Verfü-
gung. Im übrigen ist er durch Vermittlung des Herrn
Viktor Epstein, Hölberlinstr. 51, Stuttgart, Fernruf 4489,
zu erreichen.

Die Vorwürfe eines Herr Bürger, wir nehmen scheinbar
nur Eingekaufte auf von Angreifern, müssen wir zurückweisen,
da wir dieselben von jedem Bürger und auch Bürger an-
nehmen, sonst solch nicht beleidigend wirken. Der Herr
Bürger möchte bei der Post, oder wenn er es abgegeben hat,
über den Verbleib desselben nachfragen, da bei und persönlich
nichts abgegeben worden ist.

Auf die heute abend 8 Uhr in der Turnhalle stattfin-
dende Versammlung der würt. Bürgerpartei machen wir
aufmerksam. Näheres Inserat

Evang. Jünglingsverein. Donnerstag 16. Jan.
abends 7/9 Uhr Spiel und Bibelstunde.
Sonntag, 19. Jan. nachm. 4 Uhr Vereinsstunde und Spiel.

Mit dem **Gis. Kreuz 2. Kl. u. der Alb. Verdienst-
medaille** wurde ferner geschmückt: Richard Brachhold,
Verwaltungslandwirt, Sekretär im Feld Art. Regt. Nr. 29.
3. Sohn des Kaufmanns Brachhold von hier. Ferner er-
hielt der **Gis. Kreuz 2. Klasse** Wilh. Deder Sohn des
Kaufmanns Deder in Calmbach.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei
in Ulm. Preis 20 Pf. 2. Jahrgang 1914.

Angebot von Arbeitskräften.

Bei der unterzeichneten Stelle haben sich eine Anzahl
**Kaufleute, Tagelöhner,
Tagelöhnerinnen und Dienstmädchen**

als Stellenjuchende gemeldet.

Um diesen Leuten, welche durch die Kriegsfolge erwerbslos geworden sind, wieder einer regelmäßigen Beschäftigung zuzuführen, wird die Einwohnerschaft, insbesondere die Hotels, Gasthöfe, Hausbesitzer, Geschäftsinhaber und Betriebsunternehmer gebeten, ihren Bedarf an Arbeitskräften der Stadt-Fürsorgestelle für Erwerbslose (Gebäude des Lebensmittelamts) anzumelden.

Auch Angebote von Stellen kürzerer Dauer wären erwünscht.

Die Vermittlung ist **kostenlos**.

Wildbad, den 15. Januar 1919.

Stadt-Fürsorgestelle für Erwerbslose.

Anmeldungen auf

Brennholz,

(tannene Prügel 2. Kl.)

aus Stadtwald Regental, Abt. 8 Kirchweg
wollen innerhalb 8 Tagen bei den Anwaltämtern Sprollenhäuser, Konnenmühl und bei der unterzeichneten Stelle gemacht werden.

Wildbad, 16. Januar 1919.

Stadtpflege.

Fuss-Abstreifer

aus starkem Buchenholz, als Ersatz für Fußmatten,
empfiehlt per Stück Mk. 2.50 und Mk. 3.
Robert Treiber.

Schnellglanz-Putzpulver,

bestes Putzmittel für alle Metalle,
Paket 10 und 20 Pfg.,

Cremfarbe,

für Gardinen, Vorhänge, Spitzen u. s. w.,
Flasche 30 und 50 Pfg.,

vollkommenster Kochstärke-Ersatz,
Beutel 18 Pfg.,

Perplex,

sowie

**Mattsilber Ofenbronze,
Ofenschwärze, Möbelpolitur,
Gold- u. Silberbronze usw.**

empfiehlt

Drogerie Herm. Erdmann.

Einem Handkarren

sowie einen

Sportwagen

hat billig zu verkaufen.
Germann Ruhn.

Echter

Lokeck Schnupftabak

100 gr. : 40, 1.50, 1.60
im Zigaretenspezialgeschäft
Chr. Schmid u. Sohn.

Reißig-Besen

Wilhelm Rath.

Kautschuk-

Stempel

empfiehlt G. W. Woff.

Druck-Arbeiten jeder Art
liefert rasch und billig
B. Hofmannsche Buchdruckerei.

Wildbad, den 9. Januar 1919.



Todes-Anzeige

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein lieber treube-
sorgter Gatte unser Vater, Sohn, Bruder, Schwa-
ger und Onkel

Karl Horkheimer

an seinem schweren Leiden das er sich im Felde
zugezogen hat, im Alter von 34 1/2 Jahren durch
einen sanften Tod erlöst wurde

Um stille Teilnahme bittet,
im Namen aller trauernden Hinterbliebenen

Emilie Horkheimer, geb. Proß
mit ihren 6 Kindern.

Beerdigung Freitag Mittag halb 3 Uhr.

Württembergische Bürgerpartei

Oeffentliche Versammlung

für Frauen und Männer

am Donnerstag, 16. Januar abends 8 Uhr in der Turnhalle.

Redner: Herr Professor Weitzrecht.

Wir laden hierzu alle Wähler und Wählerinnen freundlichst ein.

Württembergische Bürgerpartei Wildbad.

Sozialdemokratische Partei Wildbad.

Oeffentliche Wähler- und Wählerinnen-Versammlung

am Freitag, den 17. Januar 1919 abends halb 8 Uhr in der Turnhalle

Tagesordnung: Das Ergebnis der Landeswahl und die bevorstehende Nationalwahl

Redner: Herr Gank, Fenerbach.

Alle Männer und Frauen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Sozialdemokratische Partei.